

Aktuelle PPP-Ausschreibungen / Ausschreibungen mit PPP-Elementen

- **Landkreis Goslar.** Schulzentrum.
Planung und Sanierung (Nutzfläche ca. 9.500 m²), Finanzierung und Instandhaltung (über 20 Jahre) des Schulzentrums Langelshelm.
Der Landkreis Goslar erwartet vom Auftragnehmer auf Basis einer funktionalen Leistungsbeschreibung eine umfassende Leistung "Planen, Bauen, Finanzieren und Instandhalten" aus einer Hand.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren.
Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 30.4.2007.
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 73376-2007.
- **Klinikum Offenbach gGmbH.** Versorgungs- und Logistikzentrum.
Planung, Bau, Finanzierung und die Betriebsführung eines Versorgungs- und Logistikzentrums im Krankenhaussektor. Angeschlossen an das Versorgungs- und Logistikzentrum sind die Klinikum Offenbach GmbH, die Gesundheitszentrum Wetterau GmbH und die Berufsgenossenschaftlichen Unfallklinik Frankfurt mit ihren Krankenhäusern, wobei künftig weitere Krankenhäuser hinzukommen können. Die Laufzeit der geplanten Verträge soll zunächst bei 10 Jahren liegen.
Volumen Bau einschl. Betriebs- und Maschinenteknik schätzungsweise ca. 8-10 Mio. Euro.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren.
Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 07.05.2007.
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 80372-2007.
- **Stadt Erlangen.** Baukonzession für Stadthalle.
Sanierung, Betrieb und Finanzierung einer Stadthalle (Heinrich-Lades-Halle) in Erlangen.
Die Stadt Erlangen ist Eigentümerin der im Jahr 1971 errichteten Heinrich-Lades-Halle, die bei einzelnen Veranstaltungen bis zu 2.700 Besucher aufnehmen kann und für Kulturveranstaltungen, Messen und Kongresse genutzt wird. Es ist beabsichtigt, die Sanierung und den langfristigen Betrieb sowie die Finanzierung der Heinrich-Lades-Halle künftig in öffentlich-privater Partnerschaft zu realisieren.
Schlusstermin für den Eingang der Bewerbungen: 15.05.2007.
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 80374-2007.
- **Stadt Straelen.** Mehrzweckhalle.
Planung, Neubau, Finanzierung und Betrieb (25 Jahre) einer Mehrzweckhalle (ca. 2.000 m² BGF).
Die Mehrzweckhalle soll der Versorgung mit Räumlichkeiten für sportliche Zwecke und das Vereinswesen sowie gelegentlichen schulischen Veranstaltungen dienen. Die Stadt Straelen will die Mehrzweckhalle zur Erfüllung der Nutzungen vollständig anmieten.
Verfahrensart: Verhandlungsverfahren.
Schlusstermin für den Eingang der Teilnahmeanträge: 21.05.2007.
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 81683-2007.
- **Stadt Nürnberg.** Baukonzession für Schwimmbad.
Konzession für die Sanierung, Finanzierung und den Betrieb des denkmalgeschützten Jugendstilbades ("Volksbad") Nürnberg.
Die Stadt Nürnberg beabsichtigt, die Sanierung und den Betrieb des seit 1994 stillgelegten, denkmalgeschützten Jugendstilbades vollständig einem privaten Partner auf dessen eigenes Risiko und eigene Kosten zu übertragen. Die Stadt ist bereit, dem Investor ein Darlehen in Höhe von bis zu 5 Mio. € zu gewähren. Die Zahlung eines städtischen Zuschusses (einmalig oder jährlich) kommt nicht in Betracht. Im Umfeld des Bades besteht ggfs. die Möglichkeit zur Errichtung eines Parkhauses.
Verfahrensart: Wettbewerblicher Dialog.
Schlusstermin für den Eingang der Bewerbungen: 22.05.2007.
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 75849-2007.

Zuschlagserteilungen

- **Landeshauptstadt Wiesbaden / Land Hessen.** Justiz- und Verwaltungszentrum.
Bilfinger Berger hat den Auftrag erhalten, in Wiesbaden ein Justiz- und Verwaltungszentrum zu planen, zu bauen und 30 Jahre zu betreiben. Die Finanzierung des Projekts mit einem Bauvolumen von 80 Mio. Euro erfolgt durch die Hessische Landesbank, als Projektentwickler fungiert deren Tochtergesellschaft OSB.
Quelle: <http://www.bilfinger.de/C125710E004ABFC5/CurrentBaseLink/W26ZXDJU006WEBBDE>
- **Stadt Buchholz i.d.N.** Sporthalle.
Der Auftrag zur Planung und schlüsselfertigen Erstellung einer Vierfeldersporthalle inklusive Kunstturnfeld und 500 Zuschauerplätzen einschließlich der Finanzierung wurde an die HTG Hoch- und Tiefbau Gadebusch GmbH vergeben.
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 81155-2007.
- **Stadt Pforzheim.** Beratungsleistungen.
Die PPP-Beratungsleistungen für den Neubau einer Berufsschule wurden an Menold Bezler Rechtsanwälte sowie an Ernst & Young/Prof. Weiss & Partner Entwicklungsgesellschaft mbH vergeben.
Dokumentenummer im Amtsblatt der EU (TED): 77883-2007.

Weitere Informationen

- **Stadt Fürth.** PPP-Pläne für Schulsanierung vom Tisch.
Die Pläne der Stadt für die Sanierung und Erweiterung der Farnbachschule im Rahmen eines PPP-Modells sind überraschend wieder vom Tisch. Ausschlaggebend war, dass sich der dringend erforderliche Baubeginn durch das - zuvor bereits vom Stadtrat abgesegnete Modell - weiter verzögert.
Quelle: <http://oberasbach.nordbayern.de/artikel.asp?id=606735>
- **Rhein-Erft-Kreis.** GmbH statt PPP?
Die Kreistagsfraktionen von CDU, FDP und Grünen haben die Gründung einer Gebäudemanagement-GmbH beantragt. Die GmbH (dessen Schwerpunkt die kreiseigenen Schulen wären) soll Verwaltung, Unterhaltung, Bewirtschaftung und die Erweiterung der Gebäude betreiben. Private Interessenten sollen sich an der Gesellschaft beteiligen können. Die bisherige Planung, die Schulen über ein PPP-Modell (PPP II) über 25 Jahre bewirtschaften zu lassen, wäre damit hinfällig.
Quelle: http://www.cdu-rhein-erft.de/ci_2004/viewpm.php?PE_ID=554
- **Feste Fehmarnbeltquerung.** Bundestag unterstützt Pläne.
Der Deutsche Bundestag hat sich hinter den Bau einer Ostsee-Brücke über den Fehmarnbelt nach Dänemark gestellt. Zwei Anträge, in denen sich die Linkspartei und die Grünen gegen das milliarden-schwere Projekt aussprachen, wurden am 29.03.2007 mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP abgelehnt. Die Gegner hatten argumentiert, die feste Fehmarnbelt-Querung sei verkehrspolitisch unsinnig und mit Privatmitteln nicht kostendeckend zu betreiben.
- **Bund.** PPP Erfahrungsbericht.
Bundesverkehrsminister Tiefensee hat am 04.04.2007 dem Bundeskabinett einen "PPP-Erfahrungsbericht" vorgelegt. Danach sind bislang 46 PPP-Projekte im Hochbau mit einem Investitionsvolumen von 1,4 Mrd. Euro abgeschlossen. Weitere 120 Projekte mit rund sechs Mrd. Euro Investitionsvolumen sind in Vorbereitung. Der Bund plant darüber hinaus, verstärkt Pilotprojekte zu initiieren.
Quelle: <http://www.bmvbs.de/>

Betriebswirtschaftliches Institut der Bauindustrie
Postfach 10 15 54, 40006 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 6703-280
Fax: 0211 / 6703-282
<http://www.BWI-Bau.de>
E.Paulsen@BWI-Bau.de



Gesetzgebung und Rechtsprechung mit PPP-Relevanz:

- **OLG Frankfurt am Main, Urteil vom 2. März 2007 – 11 Verg 15/06**
<http://www.mkrq.com/reactor.php?page=2315>

Formale Anforderungen an eine Rüge

Die Vergabestelle schrieb europaweit Reinigungsleistungen an 64 Schulen aus. Die Antragstellerin stellte vor Ablauf der Angebotsfrist die Frage, wann die Schulen und Turnhallen besichtigt und vermessen werden dürfen. Verschiedene Positionen im Leistungsverzeichnis seien unvollständig und nicht ausreichend konkret angesprochen. Die Vergabestelle hat die gestellten Fragen im Einzelnen beantwortet und mitgeteilt, dass Raumkataster mit konkreten Raumangaben nicht zur Verfügung stünden. Es stehe der Antragstellerin aber frei, die öffentlichen Gebäude jederzeit zu betreten. Die Antragstellerin gab kein Angebot ab. Der von ihr eingereichte Nachprüfungsantrag wurde als unzulässig abgewiesen.

Der Vergabesenat des OLG Frankfurt am Main bestätigte die erstinstanzliche Entscheidung. Dem umfangreichen Schreiben der Antragstellerin sei keineswegs zu entnehmen, dass die Antragstellerin auf einer „Korrektur“ der vermeintlichen Mängel der Leistungsbeschreibung bestehen wollte, die praktisch nur in Form der Aufhebung des Vergabeverfahrens möglich gewesen wäre. Sie habe vielmehr zum Ausdruck gebracht, dass sie sich im Rahmen der konkreten Ausschreibung um einen Auftrag bemühen wolle und dass es hierzu (nur) noch einiger Klarstellungen zur Leistungsbeschreibung bedürfe.

Sinn und Zweck der Rüge ist es indessen, der Vergabestelle Gelegenheit zur Selbstkorrektur zu geben. Dieser Zweck werde mit dem Frageschreiben der Antragstellerin deswegen nicht erreicht, weil das Schreiben den Eindruck erwecke, dass mit Beantwortung der gestellten Fragen die vermeintlichen Beanstandungen „bilateral“ behoben werden könnten. Danach habe die Vergabestelle keinen Anlass zu der Annahme, die Antragstellerin bestehe (derzeit) auf einer Korrektur der behaupteten Mängel der Ausschreibung, was - wie dargelegt - auf eine Aufhebung des Vergabeverfahrens hinausgelaufen wäre. Jedenfalls diese weitreichende Konsequenz hätte der Vergabestelle aber deutlicher als in dem besagten Schreiben vor Augen geführt werden müssen. Denn die Bitte um Bekanntgabe von Flächenmaßen und Besichtigungsterminen stehe im Widerspruch zu so einer weitreichenden Konsequenz. Sie deute vielmehr darauf hin, dass sich die Antragstellerin ihr weiteres Vorgehen bis zu einer Beantwortung der Fragen durch den Antragsgegner vorbehalten und eine Rüge bis dahin gewissermaßen zurückhalten wollte.

Die Entscheidung belegt, dass Bieter im Rahmen der Angebotserstellung nicht zögern sollten, ihre Bedenken, aber auch die von ihnen erkannten Konsequenzen für das Vergabeverfahren offen darzulegen. Anzumerken ist, dass das OLG Brandenburg noch die Anforderungen an eine Rüge dahingehend verschärft, dass ein Bieter der Vergabestelle „eindeutig zu verstehen geben muss, dass er ihr die letzte Chance gibt, um den beanstandeten Verstoß zu korrigieren, bevor er den Nachprüfungsantrag stellt“ (Beschluss vom 17. Februar 2005 – Verg W 11/04).

Mütze Korsch Rechtsanwalts-gesellschaft mbH
Rechtsanwalt Matthias Berger
Trinkausstraße 7
40213 Düsseldorf
Tel. +49 211 – 88 29 29
Fax +49 211 – 88 29 26
Mobil +49 160 – 47 20 722
berger@mkrq.com
www.mkrq.com

